

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 86. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 18. März 2010

1. Abgeordnete
Ulla Brede-Hoffmann,
Heike Raab und
Clemens Hoch (SPD)

Vorwürfe des sexuellen Missbrauchs in Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen

Die Diskussion im Zusammenhang mit Vorwürfen des sexuellen Missbrauchs in Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen bestimmt derzeit die öffentliche Diskussion. Dabei werden Missbrauchsfälle insbesondere im Zusammenhang mit dem Betrieb von Internaten bekannt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sind bezogen auf die Vergangenheit Vorwürfe eines sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen im Sinne des § 174 StGB von ehemaligen Schülerinnen und Schülern insbesondere in Schülerwohnheimen an die Schulaufsicht in Rheinland-Pfalz herangetragen worden?
2. Wie viele Fälle sexuellen Missbrauchs Schutzbefohlener sind in den Jahren 2005 bis heute an öffentlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft sowie Schülerwohnheimen in Rheinland-Pfalz bekannt geworden?
3. Welche dienstrechtlichen Maßnahmen sind in diesen Fällen erfolgt?
4. Welchen Informationspflichten unterliegen Schulen in freier Trägerschaft?

2. Abgeordnete
Adolf Kessel und
Bernhard Henter (CDU)

Ferienpark am Nürburgring

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Ferienhäuser wurden für den Ferienpark am Nürburgring geplant und in Auftrag gegeben?
2. Wie viele dieser Häuser wurden auf dem Gebiet des Ferienparks in Drees/Eifel errichtet?
3. Wurden Häuser auch außerhalb des Grundstücks des Ferienparks errichtet?
4. Wenn ja: Wie werden diese genutzt?

**3. Abgeordnete
Günter Eymael und
Herbert Mertin (FDP)**

Großbaustelle Nürburgring

In der Rhein-Hunsrück-Zeitung vom 11. März 2010 ist in einem Interview mit dem Geschäftsführer der „Nürburgring GmbH“, Hans-Joachim Koch, zu lesen, er sehe die Bauphase „auf keinen Fall“ als abgeschlossen an. Es gehe „um echte Baustellen“.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie sind im Verlauf der Baumaßnahmen des Projekts „Nürburgring 2009“ die Aufsicht und das Controlling innerhalb der Nürburgring GmbH geregelt worden?
2. Wie konnte es trotz Aufsicht und Controlling zu den bisher bekannten Baumängeln und extremen Kostensteigerungen im Verlauf der Bauaktivitäten kommen, und wie ist die Haftung geregelt?
3. Welche zusätzlichen Kostensteigerungen infolge von Baumängeln sind noch zu erwarten?

**4. Abgeordnete
Thomas Günther und
Dorothea Schäfer (CDU)**

Stand der dienstrechtlichen Überprüfung eines Lehrers aus Oppenheim aufgrund der Tätigkeit für den rumänischen Geheimdienst

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Überprüfung der Lehrkraft?
2. Welche Konsequenzen stehen aus bzw. wurden schon veranlasst?
3. Auf welchen Grundlagen basiert die Überprüfung?
4. Nach welchen Kriterien erfolgt bzw. erfolgte die Überprüfung?

**5. Abgeordnete
Dieter Burgard,
David Langner,
Bettina Brück,
Monika Fink,
Dieter Klöckner und
Alfons Maximini (SPD)**

Folgen des Sturmtiefs „Xynthia“ in Rheinland-Pfalz

Das Sturmtief „Xynthia“ richtete am letzten Februar-Wochenende auch in Rheinland-Pfalz erhebliche Schäden, insbesondere in den Wäldern, an. Bäume knickten um, wurden entwurzelt, Dächer wurden abgedeckt, Straßen waren blockiert und zeitweise musste der Zugverkehr in bestimmten Regionen eingestellt werden. Auch fiel der Strom an einigen Stellen zeitweise aus.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Gibt es erste Erkenntnisse über die Schäden, die durch das Sturmtief „Xynthia“ in rheinland-pfälzischen Wäldern verursacht worden sind?
2. Wie schätzt die Landesregierung die Auswirkungen der Schäden auf den Holzmarkt ein?
3. Welche weiteren Erkenntnisse sind nach Ansicht der Landesregierung aus den Auswirkungen des Sturmtiefs auf Waldschäden für Rheinland-Pfalz zu ziehen?
4. Wie bewertet die Landesregierung den Einsatz der Forstleute und der Rettungskräfte bei der Beseitigung der Schäden, insbesondere in den Wäldern, als auch bei den sonstigen Aufräumarbeiten sowie der Hilfe für betroffene Bürgerinnen und Bürger?

**6. Abgeordnete
Christian Baldauf und
Dr. Norbert Mittrücker
(CDU)**

Position der Landesregierung zu flächendeckenden gesetzlichen Mindestlöhnen

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Aussage von Ministerpräsident Beck im Rheinpfalz-Interview am 20. Februar 2010: „Wir wollen ja nicht, dass es überall Mindestlöhne gibt, darum geht es gar nicht.“?
2. Teilt die Landesregierung die Aussage der SPD-Landtagsabgeordneten Heike Raab, die sie am 1. März 2010 in ihrer Eigenschaft als Generalsekretärin der SPD Rheinland-Pfalz in einer Pressemeldung getroffen hat: „Mindestlöhne sind ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit ... Flächendeckende Mindestlöhne sind ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft und des fairen Wettbewerbs.“?
3. Wie ist die Position der Landesregierung zu flächendeckenden gesetzlichen Mindestlöhnen?

7. Abgeordneter
Dr. Peter Schmitz (FDP)

Konzept der Landesregierung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Alkoholmissbrauch

Ich frage die Landesregierung:

1. Was sind die Ursachen dafür, dass in Rheinland-Pfalz in der Gruppe der Zehn- bis 15-Jährigen eine Steigerung der Fallzahlen von Alkoholintoxikationen in den Jahren 2007 und 2008 von 23 % zu verzeichnen ist, die zudem deutlich über der bundesweiten Steigerungsrate liegt?
2. Welche Auswertungen hat die Landesregierung bezüglich dieser Zahlen des Statistischen Bundes- bzw. Landesamtes bisher vorgenommen?
3. Welche konzeptionelle Weiterentwicklung im Rahmen des Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor Alkoholmissbrauch leitet die Landesregierung hiervon ab?
4. Zu welchem Zeitpunkt rechnet die Landesregierung damit, dass die Fälle von Alkoholintoxikationen bei Kindern und Jugendlichen (in der Gruppe der Zehn- bis 15-Jährigen) in Rheinland-Pfalz deutlich und nachhaltig zurückgehen?

8. Abgeordnete
Jens Guth und
Margit Mohr (SPD)

Von der Deutschen Bahn AG zur Streichung vorgesehene Ausbaustrecken und erste Ergebnisse des „Bahngipfels“ in Mainz

In den Medien war eine Liste der Deutschen Bahn AG mit zur Streichung vorgesehenen Ausbaustrecken diskutiert worden. In Rheinland-Pfalz wären hiervon insbesondere die Ausbaustrecken Luxemburg – Trier – Koblenz sowie Mainz – Mannheim betroffen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich zusammen mit dem luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Juncker hingegen für einen Ausbau der grenzüberschreitenden Schienenstrecke ausgesprochen und damit gegen entsprechende Pläne des Bundesverkehrsministeriums. Im Bundesrat wurde aktuell vom Land Rheinland-Pfalz eine Entschließung für einen Ausbau des Schienennetzes eingebracht. Am 15. März 2010 fand außerdem in Mainz ein „Bahngipfel“ statt, an dem Ministerpräsident Kurt Beck, Verkehrsminister Hendrik Hering, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, und weitere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bahn teilnahmen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Folgen befürchtet die Landesregierung, falls die in den Medien diskutierte Liste der Deutschen Bahn AG mit zur Streichung vorgesehenen Ausbaustrecken tatsächlich von der Bundesregierung und der Deutschen Bahn umgesetzt würde?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die derzeitige Resonanz der Entschließung des Landes im Bundesrat für einen Ausbau des Schienennetzes?
3. Wie bewertet die Landesregierung erste Ergebnisse des „Bahngipfels“ am 15. März 2010?
4. Hält die Landesregierung die von der Bundesregierung derzeit für Bedarfsplanmaßnahmen und für Maßnahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LUFV) zur Verfügung gestellten Mittel für Neu-, Aus-, Umbau- und Erhaltungsmaßnahmen für ausreichend?

9. Abgeordneter
Ralf Seekatz (CDU)

Feuerwehrführerschein erweitern

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die gegenwärtigen Regelungen zum sogenannten Feuerwehrführerschein und hält sie diese für ausreichend?
2. Wird die Landesregierung die von der bayerischen Landesregierung angekündigte Gesetzesinitiative zur Erweiterung des sogenannten Feuerwehrführerscheins auf Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen und Fahrzeuge mit Anhängern unterstützen?

10. Abgeordnete
Martin Brandl und
Dorothea Schäfer (CDU)

Anmeldezahlen an Förderschulen

Die zuletzt veröffentlichten Daten der Landesregierung legen den Eindruck nahe, dass die Klassengrößen, insbesondere in den unteren Jahrgangsstufen der Förderschulen, deutlich zurückgegangen sind.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Anmeldezahlen an den Förderschulen in den Jahrgangsstufen 1 bis 4 in den vergangenen drei Jahren entwickelt?
2. In welchem Alter werden sonderpädagogische Förderbedarfe in der Grundschule durchschnittlich diagnostiziert?
3. Gibt es Vorgaben seitens der Aufsichtsbehörden bzw. des Landes, ab welcher Klassenstufe sonderpädagogische Förderbedarfe zu ermitteln sind?
4. Wieso dürfen die Gutachten zur Ermittlung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs nur von Dienstcomputern der Schulen aus erstellt werden?

11. Abgeordnete
Dr. Matthias Krell,
Barbara Schleicher-
Rothmund und
Wolfgang Schwarz (SPD)

Verbesserungen der Raumsituation am Standort Landau der Universität Koblenz-Landau

Gemeinsam mit der Universität Koblenz-Landau und dem Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung hat das Wissenschaftsministerium ein Konzept zur Verbesserung der Raumsituation am Hochschulstandort Landau entwickelt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche konkreten Baumaßnahmen beinhaltet das Konzept?
2. Wann ist mit der Umsetzung der Maßnahmen zu rechnen?
3. Werden darüber hinaus andere Maßnahmen zur Verbesserung der Studienbedingungen ergriffen?

12. Abgeordneter
Thomas Auler (FDP)

Verzögerungen und Kostenexplosion beim Digitalfunk

In der Antwort auf meine Kleine Anfrage 2169 hatte die Landesregierung am 29. Mai 2009 (Drucksache 15/3445) geantwortet, sie rechne nicht mit wesentlichen Verzögerungen oder negativen Auswirkungen auf die Arbeit der Polizei- und Ordnungsbehörden bei der Einführung des Digitalfunks. Statt der ursprünglich geplanten 90 Millionen Euro würden inzwischen etwa 100 Millionen veranschlagt, eine genauere Konkretisierung sei jedoch seinerzeit noch nicht möglich gewesen.

In der „Welt“ vom 25. Februar 2010 wird nunmehr unter dem Titel „Im Funkloch“ über erhebliche Probleme bei der Einführung der digitalen Funktechnik für Polizei und Ordnungskräfte berichtet, insbesondere mit Blick auf die „aus dem Ruder laufenden“ Kosten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche wesentlichen Erkenntnisse hat die Landesregierung gegenüber ihrer Antwort aus dem Jahr 2009 hinsichtlich der in dem genannten Presseartikel aufgeworfenen Fragen, insbesondere bezüglich Gesamtkosten und Zeitplan der Einführung in Rheinland-Pfalz, hinzugewonnen?
2. Welche Risiken und Auswirkungen hat dies für die Arbeit der Polizei- und Ordnungsbehörden in Rheinland-Pfalz?
3. Bestehen seitens der Landesregierung hinsichtlich der Abhörsicherheit des neuen Systems Bedenken aufgrund ausländischer Beteiligungen an dem Hersteller der Hardware-Verschlüsselungselektronik?
4. Für welche konkreten polizeilichen Anwendungen ist das zur Einführung geplante System nach Kenntnis der Landesregierung uneingeschränkt verwendbar und für welche nicht?

13. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Brigitte Hayn (CDU)

Erzieherinnenmangel in Rheinland-Pfalz

Nach Angaben der Landesregierung liegt das Gutachten von Professor Sell zum künftigen Erzieherinnenbedarf in Rheinland-Pfalz bereits vor.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Mit welchem Bedarf an Erzieherinnen wird in dem Gutachten für die kommenden Jahre gerechnet?
2. Wie sehen die Prognosen des Gutachtens hinsichtlich der zu erwartenden Zahl an Erzieherinnen, die mit ihrer Ausbildung fertig werden, aus?
3. Inwiefern zeigt das Gutachten mögliche Handlungsfelder zur Vermeidung eines Erzieherinnenmangels auf?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Einschätzungen des Gutachtens?

14. Abgeordnete
Jens Guth,
Margit Mohr und
Frank Puchtler (SPD)

Aktuelle Entwicklung der Benzinpreise

Die Benzinpreise haben Anfang März in Deutschland ein Jahreshoch erreicht. Ein Liter Benzin kostete Anfang März im Durchschnitt mehr als 1,41 € je Liter. Benzin hat sich in den vergangenen fünf Monaten um zirka zehn Cent je Liter verteuert. Die Preise für Benzin sind auf dem Großmarkt deutlich stärker angestiegen als die für Rohöl.

Nach Angaben der Mineralölwirtschaft seien die Einkaufskosten für Benzin an den Rotterdamer Produktmärkten Ursache für die derzeit hohen Benzinpreise. Kritiker hingegen sehen die Ursache der hohen Benzinpreise u. a. auch in Spekulationsgeschäften und einer nicht ausreichenden Anzahl von Raffinerien bzw. in Verarbeitungsgespässen. Hiervon würden die Ölkonzerne profitieren.

Der Automobilclub ACE beispielsweise hat auch politische Maßnahmen zur Überprüfung der Preispolitik der Konzerne gefordert, etwa Maßnahmen zur Marktentflechtung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die derzeit hohen Benzinpreise hinsichtlich der Pendler und Pendlerinnen und der notwendigen Mobilität im Flächenland Rheinland-Pfalz?
2. Befürchtet die Landesregierung durch die derzeit hohen Benzinpreise auch Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung kleiner und mittelständischer Unternehmen?

15. Abgeordnete
Margit Mohr,
Heiko Sippel,
Ruth Leppla,
Thomas Wansch und
Heribert Heinrich (SPD)

Neue Glasfasertrasse zwischen Kaiserslautern und Mainz

Mitte März wurde die neue Glasfasertrasse zwischen Kaiserslautern und Mainz offiziell in Betrieb genommen. Unternehmen und Haushalte entlang der Trasse können künftig mit einer Verbindungsrate von 50 Megabits pro Sekunde an das Internet angeschlossen werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Vorteile für Unternehmen, Kommunen wie für die Bürgerinnen und Bürger in den Regionen Kaiserslautern und Rheinhessen wird die neue Glasfasertrasse nach Einschätzung der Landesregierung im Einzelnen bringen?
2. Inwiefern profitiert der PRE-Park Kaiserslautern von der neuen Anbindung?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeit des weiteren Ausbaus einer Versorgung mit schnellem Internet mittels Glasfaser in anderen Regionen des Landes und wie wird ein solcher Ausbau unterstützt?
4. Gibt es durch die Verbesserung der Infrastruktur bereits Auswirkungen auf die Marktfähigkeit von neuen Breitbandangeboten in den Anrainergemeinden?

16. Abgeordnete
Brigitte Hayn und
Martin Brandl (CDU)

Klassenbildung an Ganztagschulen

Wir fragen die Landesregierung:

1. In wie vielen Fällen werden in absoluten und relativen Zahlen bei rhythmisierten Ganztagschulklassen die Klassenmessenzen von 30 Schülerinnen und Schülern überschritten?
2. In wie vielen Fällen kommt es in Rheinland-Pfalz zu einer erheblichen Divergenz der Klassengrößen zwischen Halbtags- und Ganztagsklassen einer Jahrgangsstufe?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die pädagogischen Herausforderungen, wenn insbesondere Ganztagschulklassen außergewöhnlich groß sind?
4. Sieht die Landesregierung in diesem Bereich einen besonderen Handlungsbedarf?

17. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Anke Beilstein (CDU)

Anmeldezahlen an Realschulen plus

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Anmeldezahlen an den bereits bestehenden kooperativen bzw. (teil-)integrativen Realschulen plus entwickelt?
2. Wie viele Schulen, die eine Option auf Gründung einer Realschule plus haben, verzeichnen – gegliedert nach kooperativen bzw. (teil-)integrativen Realschulen plus – zum kommenden Schuljahr im Vergleich zu den vorangegangenen zwei Schuljahren rückläufige Anmeldezahlen?
3. Wie viele Optionen auf Errichtung einer Realschule plus können zum neuen Schuljahr aufgrund mangelnder Anmeldezahlen nicht eingelöst werden?
4. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus den Ergebnissen des Anmeldeverhaltens bezüglich der Entwicklung der Schulstruktur?